

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1976

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionssenat

Es sind zugewiesen dem

I. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht der IV. oder der VII. R-Senat zuständig ist,
2. des Rechts der freien Berufe,
3. des Gesundheitsverwaltungsrechts einschließlich des Lebensmittel- und Weinrechts,
4. des Landwirtschaftsrechts,
5. des Vereins- und Versammlungsrechts,
6. des Staatsangehörigkeitsrechts,
7. des Ausländerrechts,
8. des Polizei- und Ordnungsrechts einschließlich des Ausweisrechts mit Ausnahme der mit den Rechtsgebieten des IV. und des VII. R-Senats zusammenhängenden ordnungsrechtlichen Streitigkeiten,
9. des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften,

II. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts des öffentlichen Dienstes,
2. des Dienstrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts der Soldaten einschließlich aller Wehrpflichtigen, soweit nicht der VIII. R-Senat zuständig ist, der Zivildienstpflichtigen und der Angehörigen des Zivilschutzkorps,

Nummern 1 und 2 jeweils mit den Anfangsbuchstaben A—N,

III. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Lastenausgleichsrechts einschließlich der Schadensfeststellungen, soweit nicht der V. R-Senat zuständig ist,
2. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, soweit es sich um Einrichtungshilfe handelt,
3. des Reparationsschädengesetzes, soweit nicht der V. R-Senat zuständig ist,

IV. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts einschließlich des Garagenrechts, des Bodenreformrechts sowie der Gewerbeordnung und des Bundesimmissionsschutzgesetzes, soweit das Schwerkraft im Bau- und Bodenrecht liegt,
2. des Straßen- und Wegerechts,
3. des Erschließungs- und des Erschließungsbeitragsrechts,
4. des Rechts der landwirtschaftlichen Siedlung und des Heimstättenrechts,
5. des Kleingartenrechts,
6. des Wasser- und Deichrechts einschließlich des Baues von Wasserstraßen und des Wasserverbandsrechts,
7. des Bergrechts,
8. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt,

V. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Fürsorgerechts einschließlich der Tbc-Hilfe für den öffentlichen Dienst,
2. der Kriegsofferfürsorge,
3. der Ausbildungs-, Graduierten- und Berufsbildungsförderung,

4. des Schwerbehindertenrechts,

5. des Mutterschutzrechts,

6. des Jugendwohlfahrt- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (I. R-Senat),

7. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts,

8. des Besatzungsschädenrechts,

9. des Währungsausgleichs- und Allsparerrechts,

10. des Lastenausgleichsrechts einschließlich Schadensfeststellungen, soweit sie allein die Gewährung oder Entziehung (Rücknahme, Widerruf, Verrechnung) von Kriegsschadensrente, Eingliederungsdarlehen, Wohnraumhilfe und sonstige Förderungsmaßnahmen betreffen, sowie Ausschließung von der Schadensfeststellung und von Ausgleichsleistungen,

11. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, soweit es sich um Beihilfe zum Lebensunterhalt und um Eingliederungsdarlehen handelt,

12. des Reparationsschädengesetzes, soweit sie Kriegsschadensrente und Aufbaudarlehen betreffen (sonst III. R-Senat),

13. des Allgemeinen Kriegsfolgesgesetzes,

14. des Sachleistungsrechts,

15. des Flurbereinigungsrechts und des ländlichen Grundstücksverkehrs,

VI. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts des öffentlichen Dienstes,

2. des Dienstrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts der Soldaten einschließlich aller Wehrpflichtigen, soweit nicht der VIII. R-Senat zuständig ist, der Zivildienstpflichtigen und der Angehörigen des Zivilschutzkorps,

Nummern 1 und 2 jeweils mit den Anfangsbuchstaben O—Z,

3. des Rechts der Kriegsdienstverweigerung,

VII. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, und zwar

a) des Rechts der Verkehrswirtschaft,

b) des Rechts des Außenhandels,

c) des Rechts des Interzonenhandels,

d) des Rechts der Ernährungswirtschaft, ausgenommen das Milch- und Fettgesetz (I. R-Senat),

e) des Preisrechts, mit Ausnahme des Mietpreisrechts (VIII. R-Senat),

f) des Investitionszulagengesetzes,

2. des Straßenverkehrsrechts,

3. des Postrechts,

4. des Rundfunkrechts einschließlich des Rechts der Rundfunkanstalten,

5. des Filmrechts einschließlich des Filmförderungsrechts,

6. des Presserechts,

7. des Namensrechts,

8. des Schul- und Hochschulrechts,

9. des Personalvertretungsrechts u. Richtervertretungsrechts,

10. des Kommunalrechts,

11. des Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang mit einem Rechtsgebiet besteht, für das ein anderer Senat zuständig ist,

12. des Wiedergutmachungsrechts, soweit nicht der VIII. R-Senat zuständig ist,
13. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschließlich der ersten und zweiten jur. Staatsprüfung, ferner
14. zur Entscheidung eingehende Sachen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind,
15. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt,

VIII. R-Senat

zur Entscheidung eingehende Sachen aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts, soweit es um die Heranziehung zum und die Entlassung aus dem Wehrdienstverhältnis geht,
2. des Wiedergutmachungsrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes,
3. des Rechts der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge,
4. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungs- und des Mietpreisrechts einschließlich des Wohngeldes,

Schlußbestimmungen

1. Soweit sich die Verteilung der Geschäfte nach dem Anfangsbuchstaben richtet, ist der Name des Klägers — bei mehreren Klägern des in der Klageschrift an erster Stelle Genannten, bei Klagen von Erbengemeinschaften der Name des Erblassers, wenn er genannt ist — maßgebend.

Im einzelnen ist maßgebend:

- A. bei Klagen physischer Personen:
der Anfangsbuchstabe des Familiennamens. Dabei gelten die zum Namen gehörenden früheren deutschen und entsprechenden ausländischen Adelsbezeichnungen im Sinne der Geschäftsverteilung nicht als Teil des Familiennamens;
- B. bei Klagen von Firmen, Gesellschaften, Vereinen, Anstalten und anderen juristischen Personen:
a) der Anfangsbuchstabe des ersten, in der Firma usw. enthaltenen Familiennamens, gleichviel, ob er als Hauptwort, Eigenschaftswort oder Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes erscheint;
b) beim Fehlen eines derartigen Familiennamens der Anfangsbuchstabe des ersten Hauptwortes der Firma usw.; Phantasiebezeichnungen und schlagwortartige Abkürzungen gelten auch dann als Hauptwörter, wenn sie keine zusammengezogenen Bestandteile von Hauptwörtern enthalten;
c) beim Fehlen auch eines Hauptwortes der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes.

In den Fällen zu den Buchstaben b und c bleiben jedoch folgende Worte und ähnliche korporative Sammelbezeichnungen — sofern sie nicht als Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes gebraucht sind — außer Betracht:

Aktiengesellschaft, Anstalt, Bank, Baugenossenschaft, Baugesellschaft, Bauverein, Direktion, Fabrik, Firma, Gemeinde, Gesellschaft, Genossenschaft, Gewerkschaft, Grube, Grundstücks-, Handels-, Kommanditgesellschaft, Korporation, Stiftung, Verband, Verein, Vereinigung, Zeche, Zentrale;

- C. bei Klagen

- a) eines Konkursverwalters: der Name des Gemeinschuldners;

- b) eines Zwangsverwalters oder Treuhänders: der Name des Schuldners bzw. des Betreuten;
- c) eines Nachlassverwalters, Nachlasspflegers oder Testamentsvollstreckers: der Name des Erblassers.

D. Werden nebeneinander eine Firma und ihre Inhaber oder eine Gesellschaft und ihre Gesellschafter als Kläger genannt, so ist nur die Firma (Gesellschaft) maßgebend.

2. Soweit sich die Geschäftsverteilung nach Anfangsbuchstaben richtet, sind an einem Tag eingehende Streitsachen in alphabetischer Reihenfolge, geordnet nach dem Namen des Klägers, einzutragen.
3. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so entscheidet der jetzt sachlich zuständige Senat. Das gilt auch für bereits anhängige Sachen sowie für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.
4. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrundeliegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
5. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Falle einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.
6. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

II. Disziplinarsenate

Es sind zugewiesen dem

I. D-Senat

alle zur Entscheidung eingehenden Sachen, mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren insoweit, als er in den früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat,

II. D-Senat

die Wiederaufnahmesachen insoweit, als der I. D-Senat in den früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat.

III. Wehrdienstsenate

1. Es sind zugewiesen dem

I. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung,

II. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung.

2. In Wiederaufnahmeverfahren entscheidet der I. WD-Senat, wenn der II. WD-Senat, der II. WD-Senat, wenn der I. WD-Senat in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat. Entscheidungen aus der Zeit vor Errichtung des II. WD-Senats gelten als Entscheidungen des I. WD-Senats.
3. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der I. WD-Senat zuständig.

IV. Großer Senat

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

B. Besetzung

I. Revisionssenate

I. R-Senat

Dr. Heinrich
Dr. Paul
Dr. Eckstein
Dr. Barbey
(für die Erledigung von 6 Verfahren, längstens bis 30. April 1976, zugleich VIII. R-Senat)

II. R-Senat

Vorsitzende Richterin	Schmitt
Richter	Dr. de Chapeaurouge
Richter	Weber-Lortsch
	zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt
Richter	Dr. Idel
Richter	Dr. Rosendahl
	(zugleich II. D-Senat)
Richter	Wetzel
	(zugleich II. D-Senat)

III. R-Senat

Vorsitzender Richter	Professor Dr. Dodenhoff
Richter	Sigulla
Richter	Dr. Messerschmidt
Richter	Fandré
Richter	Schäfer
Richterin	Schmidt

IV. R-Senat

Vorsitzender Richter	Oppenheimer
Richter	Clauß
Richter	Isendahl
Richter	Professor Dr. Weyreuther
Richter	Dr. Korbmacher
Richter	Dr. Schlöchter

V. R-Senat

Vorsitzender Richter	Kellner
Richter	Dr. Fink
Richter	Rochlitz
Richter	Dr. Sommer
Richter	Dr. Schwarz
Richter	Rotter

VI. R-Senat

Vorsitzender Richter	Professor Dr. Fürst
Richter	Dr. Waltz
Richter	Dr. Becker
Richter	Dr. Nehlert
Richter	Niedermaier
Richterin	Dr. Franke

VII. R-Senat

Vorsitzender Richter	Professor Dr. Sendler
Richter	Dr. Zehner
Richter	Fischer
Richter	Dr. Heddaeus
Richter	Klamroth
Richter	Willberg

VIII. R-Senat

Vorsitzender Richter	Arndt (zugleich II. D-Senat)
Richter	Maetzel
Richter	Türke
Richter	Noack
Richter	Dr. Barbey zur Erledigung der Verfahren VIII C 92.74, 96.74, 21.75, 47.75, 65.75, und 79.75, jedoch längstens bis zum 30. April 1976 (zugleich I. R-Senat)
Richter	Lotz

II. Disziplinarsenate

1. Richter

I. D-Senat	
Vorsitzender Richter	Amelung
Richter	Lange (zugleich II. D-Senat und zeitweiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Professor Dr. Gützkow
Richter	Janzen

II. D-Senat

Vorsitzender Richter	Arndt (zugleich VIII. R-Senat)
Richter	Lange (zugleich I. D-Senat und zeitweiliges Mitglied der WD-Senate)
Richter	Dr. Rosendahl (zugleich II. R-Senat)
Richter	Wetzel (zugleich II. R-Senat)

2. Ehrenamtliche Richter

Die ehrenamtlichen Richter der Disziplinarsenate werden nach Maßgabe der §§ 49, 55 BDO an Hand der im Auslosungsverfahren bei den Senaten gebildeten Jahreslisten berufen.

Für die ab 1. Mai 1957 eingeleiteten förmlichen Disziplinarverfahren gegen Beamte und Ruhestandsbeamte aus dem Dienstbereich der Landespostdirektion Berlin, der Zoll- und Verbrauchssteuerverwaltung einschließlich der Monopolverwaltung für Branntwein und des Devisenüberwachungsdienstes sowie der Sondervermögens- und Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin (§ 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der in den einzelnen Verwaltungszweigen des Landes Berlin beschäftigten Personen vom 26. April 1957 — Bundesgesetzbl. I S. 397 —, geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1967 — Bundesgesetzbl. I S. 725, 744 —) wird im Auslosungsverfahren eine gemeinsame Beisitzerliste gebildet und von einem Beamten des gehobenen Dienstes geführt; aus ihr ziehen die Disziplinarsenate in der Reihenfolge ihres Bedarfs die ehrenamtlichen Richter nach Maßgabe der in Absatz 1 genannten Gesetzesvorschriften heran.

Die ehrenamtlichen Richter werden von dem Vorsitzenden des II. D-Senats und dem stellvertretenden Vorsitzenden des I. D-Senats ausgelost.

III. Wehrdienstsenate

1. Richter

I. WD-Senat	
Vorsitzender Richter	Saalmann
Richter	Mühlenfeld
Richter	Dr. Schweiger
Richter	Seide
Richter	Dr. Knorr

II. WD-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Glöckner
Richter	Dr. Leußer
Richter	Dr. Knackstedt
Richter	Dr. Ehrl

2. Ehrenamtliche Richter

Die ehrenamtlichen Richter der Wehrdienstsenate werden nach Maßgabe der §§ 73 und 68 Wehrdisziplinarordnung berufen.

IV. Großer Senat

Mitglied kraft Amtes

Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts als Vorsitzender

Vertreter

Der jeweilige allgemeine Vertreter des Präsidenten

Bestellte Mitglieder für die Geschäftsjahre 1975 und 1976

Vorsitzender Richter	Professor Dr. Sendler
Richter	Amelung
Richter	Professor Dr. Gützkow
Richter	Dr. Heddaeus
Richter	Dr. Korbmacher
Richter	Niedermaier

Vertreter

Vorsitzender Richter	Arndt
Richter	Dr. Becker
Richter	Dr. Idel
Richter	Mühlenfeld
Richter	Türke
Richter	Professor Dr. Weyreuther

V. Gemeinsamer Senat

der obersten Gerichtshöfe des Bundes

1. Mitglieder kraft Amtes

- a) der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts
- b) die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesverwaltungsgerichts

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

2. Mitglieder durch Entsendung für die Geschäftsjahre 1975 und 1976

Senat	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
	Richter	Richter	Richter
I. R.	Dr. Heinrich	Dr. Paul (2. Mitglied)	Dr. Eckstein (1. Vertreter) Dr. Barbey (2. Vertreter)
II. R.	Dr. de Chapeaurouge	Dr. Idel	Dr. Rosendahl
III. R.	Prof. Dr. Dodenhoff	Sigulla	Dr. Messerschmidt

Senat	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
IV. R.	Clauß	Prof. Dr. Weyreuther	Isendahl
V. R.	Dr. Fink	Rochlitz	Dr. Schwarz
VI. R.	Dr. Waitz	Dr. Becker	Dr. Nehlert
VII. R.	Dr. Zehner	Fischer	Dr. Heddaeus
VIII. R.	Maetzel	Türke	Noack
I. D.	Lange	Prof. Dr. Gützkow	
II. D.	Lange	Dr. Rosendahl	
I. WD.	Mühlenfeld	Dr. Schweiger	Seide
II. WD.	Dr. Leußer	Dr. Knackstedt	Dr. Ehrl
Großer Senat	Vors. Richter Prof. Dr. Sendler	Niedermaier	Dr. Heddaeus

C. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten und Vertretung

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Die Tätigkeit im Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes geht der Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht, die Tätigkeit im Großen Senat jeder sonstigen Tätigkeit vor.

II. Vertretung der Vorsitzenden

Soweit keine Sonderregelung getroffen ist, werden die dienstältesten Beisitzer zu stellvertretenden Vorsitzenden bestellt.

Bei Verhinderung aller Mitglieder eines Senats gilt für die Vertretung des Vorsitzenden die Regelung zu III entsprechend.

III. Vertretung der Beisitzer

1. Die beisitzenden Richter vertreten sich innerhalb der Senate gemäß der nach § 4 VwGO i. V. m. § 21 g GVG zu treffenden Anordnung. Im übrigen vertreten, beginnend mit dem dienstjüngsten Beisitzer:

- bei den Revisionssenaten sich gegenseitig die Beisitzer des I. und IV. Senats, ausgenommen Richter Dr. Eckstein, soweit sie durch die Vertretung des Präsidialreferenten verhindert ist, vor den Beisitzern des IV. Senats vertritt im I. Senat bis längstens 30. April 1976 Richter Dr. Sommer,
- die Beisitzer des II. und VI. Senats, ausgenommen in Verfahren aus dem Recht der Kriegsdienstverweigerung, in denen die Beisitzer des VI. Senats durch die Beisitzer des VIII. Senats, ohne Richter Dr. Barbey, vertreten werden,
- die Beisitzer des III. und V. Senats, ausgenommen Richter Dr. Sommer als Präsidialreferent,
- die Beisitzer des VII. und VIII. Senats, ausgenommen Richter Dr. Barbey,
- bei den Disziplinarsenaten die Beisitzer des I. und II. Senats sich gegenseitig,
- bei den Wehrdienstsenaten die Beisitzer des I. und II. Senats sich gegenseitig,

- Die Vertretung der beisitzenden Richter von Senat zu Senat beginnt am 1. Januar 1976 mit dem dienstjüngsten Beisitzer und setzt sich in der Reihenfolge des Dienstalters fort. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste an seine Stelle. Der Verhinderte hat die Vertretung beim nächsten Vertretungsfall nicht nachzuholen. Soweit über Ziffer 1 a und b hinaus in den Revisions- und Disziplinarsenaten eine Vertretung erforderlich wird, werden alle Richter von allen beisitzenden Richtern dieser Senate, beginnend mit dem dienstjüngsten und fortlaufend in der Reihenfolge des Dienstalters, vertreten.
- Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihrer regelmäßigen Vertreter (§ 73 Abs. 2 Satz 4 Wehrdisziplinarordnung) sind die Richter Amelung und Lange zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in der angegebenen Reihenfolge nach der Folge der Verhinderungsfälle jeweils längstens für die Dauer einer Sitzungsperiode. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste mit der Maßgabe an seine Stelle, daß der Verhinderte dessen nächsten Vertretungsfall übernimmt.
- Wird eine Vertretung unter den Senaten erforderlich, so wird der Vertreter auf Anforderung des Vorsitzenden des eine Vertretung benötigten Senats vom Vorsitzenden des vertretenden Senats nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplans benannt. Die Feststellung der richtigen Besetzung des aufnehmenden Senats bleibt durch diese Regelung unberührt.

IV. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung des Vorsitzenden tritt dessen Vertreter ein. Die stellvertretenden Mitglieder werden nach der Reihenfolge ihres Dienstalters zur Vertretung herangezogen. Bei Vorsitzenden Richtern ist ihr Dienstalter als Mitglied des Bundesverwaltungsgerichts maßgebend. Das dienstjüngste Mitglied hat den ersten Vertretungsfall, das im Dienstalter folgende Mitglied den nächsten Vertretungsfall usw. wahrzunehmen.